

Eine Analyse zur Corona-Debatte

# Aufarbeitung hat begonnen

Der Grosse Rat hat die Debatte darüber gestartet, wie sich der Kanton Graubünden in der Coronakrise geschlagen hat und wo es Verbesserungspotenzial gibt.

von Patrick Kuoni

Der erste Tag der Junisession im Grossen Rat ist ganz im Zeichen des Coronavirus gestanden. Bereits die Eröffnungsrede von Standespräsident Alessandro Della Vedova widmete sich diesem Thema (siehe Artikel unten). Danach stand an diesem Montagmorgen die politische Aufarbeitung der Coronakrise im Zentrum. Bei dieser spielte – zumindest bei Politikerinnen und Politikern aus überdurchschnittlich betroffenen Gebieten – die Partei weniger eine Rolle. Das Krisenmanagement der Regierung wurde dabei von Politikerinnen und Politikern aus Italienischbünden deutlich weniger positiv beurteilt als von anderen Parlamentariern. Kritik wurde etwa an der spärlichen und späten Kommunikation auf Italienisch zu Beginn der Coronakrise in Graubünden laut. In der Region Moesa hat sich die Bevölkerung demnach eher in Richtung Kanton Tessin orientiert, der in der Anfangsphase eher den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung gerecht wurde. Gerade aufgrund der Nähe zum Kanton Tessin hat man sich in Südbünden von der Bündner Regierung nicht immer ernst genommen gefühlt. Ausserdem wurde es nicht verstanden, dass nicht früher Coronatests in der Gesundheitsbranche gemacht wurden.

**Konsequentes Eingreifen gelobt**

Daneben gab es für die Bündner Regierung aber auch Lob aus allen Parteien. Mehrmals war von schnellem und zielgerichtetem Handeln der Behörden die Rede, und die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Amtsstellen wurde mehrheitlich gelobt. Am kritischsten äusserte sich diesbezüglich die SVP, die zwar ebenfalls das unmittelbare Eingreifen der Behörden lobte, gleichzeitig aber auch festhielt, dass der Zeitpunkt für den Ausstieg aus dem Notrecht verpasst wurde.

Kritik gab es auch an der Legislative. Man habe sich zu lange aus der Verantwortung

genommen und so der Regierung komplett die Kontrolle überlassen. Auch aus der FDP war diesbezüglich eine kritische Stimme zu hören. Viele Parlamentarier sind nach Meinung von Michael Pfäffli (FDP, Oberengadin) zu schnell in der Versenkung verschwunden. Dies gelte sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene. Remo Cavegn (CVP, Rhäzüns) stellte ebenfalls staatspolitischen Nachholbedarf fest. So sei die Legislative wenig in die Entscheidungsprozesse eingebunden worden.

**Verschiedene Perspektiven**

An diesem ersten Ratstag positiv zu bewerten war, dass sich die Voten der Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit wenigen Ausnahmen auf das Wesentliche konzentrierten. Die Anliegen der verschiedenen Fraktionen unterschieden sich dabei aber nicht ganz überraschend. So wurde von der SP die Forderung nach mehr Respekt, Lohn und besseren Arbeitsbedingungen etwa für das Gesundheitspersonal laut. Die BDP möchte mit einem Impulsprogramm der Wirtschaft wieder auf die Sprünge helfen. Die FDP hielt fest, dass die Gemeinden in dieser Krise eine wichtige Rolle spielten und dementsprechend nicht weiter geschwächt werden dürfen. Bei der SVP stellte man sich auf den Standpunkt, dass nun die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Wirtschaft getroffen werden sollen und nicht weiter im grossen Stil Steuergelder verteilt werden dürfen. Die CVP möchte ebenfalls nicht mit der grossen Kelle anrichten. Stattdessen soll die Bürokratie beim Kanton weiter abgebaut, der Digitalisierungsschub fortgesetzt und Projekte rasch realisiert werden, um so die Wirtschaft anzukurbeln.

Einen sehr guten Job scheint während der vergangenen mehr als drei Monate der Bündner Krisenführungstab gemacht zu haben. Dieser wurde in zahlreichen Voten positiv hervorgehoben und kam bei der Bewertung von links bis rechts gut weg.



Session mit neuen Regeln: Der 2-Meter-Abstand gilt sowohl für die Regierungsräte wie auch für die Pulte der Grossratsmitglieder (oben und links). Desinfektionsmittel steht an mehreren Stationen in der Stadthalle bereit. Kreative Begrüssung in der Krise. Bilder Philipp Baer

# Nach der Krise wird Italienisch wichtig

Standespräsident Alessandro Della Vedova sprach in seiner Eröffnungsrede – natürlich – über die Coronakrise.

von Ursina Straub

Seine letzte Ansprache zur Eröffnung der Grossratssession nutzte Standespräsident Alessandro Della Vedova, um auf die Coronakrise zu blicken und die Auswirkungen der Pandemie zu beleuchten. Die Länder erfassende Seuche habe die Rahmenbedingungen unseres Lebens und Wirtschaftens auf den Kopf gestellt, bemerkte Della Vedova. «Vieles, was zuvor über Generationen gelernt, gewohnt und einfach war, ist nun plötzlich sehr vielfältig und komplex», sagte er.

**Nicht immun gegen Probleme**

Die reiche und fast perfekt funktionierende Schweiz gebe einem das Gefühl, immun zu sein für die Probleme, mit denen viele andere Länder Tag für Tag kämpften, warnte Della Vedova. «Aber die Blase ist fragil. Das hat uns die Pandemie gezeigt.»

Die Politik habe sich zudem schlagartig an ein System gewöhnen müssen, das den meisten zuvor komplett unbekannt gewesen sei: das Notrecht. «Der Kanton und die Gemeinden mussten dezidiert umsetzen, was der Bund vorgab», so Della Vedova. Dennoch hätten die Behörden flexibel bleiben müssen für die unterschiedlichen Bedürfnisse von Kantonsteilen, Bevölkerungsgruppen und Branchen.

**«Die Blase ist fragil. Das hat uns die Pandemie gezeigt.»**

**Alessandro Della Vedova**  
Standespräsident

«Diese Situation war für alle neu und alles andere als einfach.»

**Dazu verpflichtet, zu hinterfragen**

Della Vedova stellte fest, dass das beherrzte Vorgehen des Bundesrates und der Kantone gut funktioniert habe. Aber bei einzelnen Massnahmen stelle sich die Frage, ob sie verhältnismässig gewesen seien.

Das Parlament habe nun die Aufgabe, die Massnahmen der Regierung zu diskutieren. Das sei wichtig, betonte der Standespräsident. «Als Volksvertreterinnen und -vertreter haben wir die Pflicht, die Tätigkeit der Regierung zu hinterfragen.» Nur so könnten das Parlament und die Bevölkerung Vertrauen in die Regierung haben.

**Herausforderung aus dem Süden**

Im Kanton ist die Coronakrise gemäss Della Vedova unterschiedlich wahrgenommen worden und nicht alle Ge-

genden waren gleich betroffen. So seien Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden zutage getreten. Diese Unterschiede, vermutet er, blieben bestehen – oder würden sogar grösser werden. Der Druck aus dem Süden werde stärker, denn die südlichen Länder Europas litten unter einer besonderen Krise. «Sie zu ignorieren, wäre töricht», unterstrich der Standespräsident.

Ein Staat allein könne nicht alles richten, deshalb würden die Beziehungen mit dem Tessin und der Lombardei wichtiger. Und auch Italienisch müsse im Kanton gestärkt werden. Er habe sich deshalb vorgenommen, sich nach seinem Präsidentschaftsjahr – welches im August endet – dafür einzusetzen.

Für die Bewältigung der Krise regte Della Vedova an, auch für die Wirtschaft einen Krisenstab einzusetzen, um die gesprochenen Millionen umfassender zu koordinieren.



Im Fokus

**Gestern hat der Grosse Rat:**

- die verlängerte, fünftägige Junisession in der Churer Stadthalle mit der Eröffnungsansprache von Standespräsident Alessandro Della Vedova begonnen;
- die Debatte rund um die Coronakrise aufgenommen. Dabei haben die fünf Regierungsräte über die Coronakrise informiert.

**Heute wird der Grosse Rat:**

- die Debatte um die Coronakrise weiterführen und die Notverordnungen genehmigen;
- die Nachtragskredite zu Covid-19 zur Kenntnis nehmen und die Fragestunde zu Covid-19 abhalten.